

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Montag, 19. März 2018
im Sitzungszimmer des Rathauses in Bad König

Beginn: 20:00 Uhr

Ende: 21:30 Uhr

Anwesende:

vom Haupt- und Finanzausschuss

Vorsitzender	SPD	Bernd Gottschalk
	SPD	Roger Nisch
	SPD	Rainer Hofmann
	CDU	Martin Bereiter
	CDU	Markus Wangler
	ZBK	Steffen Urich
	ZBK	Thomas Keil

vom Magistrat

Bürgermeister	parteilos	Uwe Veith
---------------	-----------	-----------

von der Stadtverordnetenversammlung

Bündnis 90/ Die Grünen	Hedwig Seiler
---------------------------	---------------

von der Verwaltung

Leiter der Finanzabteilung	Markus Best
Schriftführerin	Christiane Kees

von der Presse

Birgit Reuther

Vorsitzender Bernd Gottschalk eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Er stellt fest, dass die Einladung zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht ergangen und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Da keine Einwände gegen die Tagesordnung vorgebracht werden, gilt die in der Einladung festgelegte Tagesordnung:

- 1.) Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung**
- 2.) Mitteilungen**
- 3.) Beratung und Beschlussempfehlung über die Teilnahme an der Kassenkreditschuldung der Hessenkasse**
- 4.) Beratung und Beschlussempfehlung über den Termin für die Bürgermeisterwahl und eines Stichwahltermines im Jahr 2018 Beratung**

- 5.) Beratung und Beschlussempfehlung über den Antrag der SPD-Fraktion vom 01.02.2018, hier: Hundewiese
- 6.) Beratung und Beschlussempfehlung über den Antrag der SPD-Fraktion vom 01.02.2018, hier: neue Quellenlage, Paul Zander
- 7.) Beratung und Beschlussempfehlung über den Antrag Bündnis 90/Die Grünen, hier: Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat
- 8.) Anfragen

TOP 2 Mitteilungen

Bürgermeister Uwe Veith hat folgende Mitteilungen:

Am Freitag, 23.03.2018, 16:00 findet das Richtfest der Feuerwache Kinzigtal statt. Hierzu sind alle Parlamentarier herzlich eingeladen.

Die Erweiterung des Feuerwehrgebäudes der Freiwilligen Feuerwehr Zell ist auch nach langjähriger Bauzeit fertig; es soll im Mai 2018 offiziell eingeweiht werden.

TOP 3 Beratung und Beschlussempfehlung über die Teilnahme an der Kassenkreditentschuldung der Hessenkasse

Hierzu gibt zunächst der Leiter der Finanzabteilung Markus Best verschiedene Erläuterungen.

Aufkommende Fragen werden von ihm beantwortet.

Vorsitzender Bernd Gottschalk lässt die Ausschussmitglieder über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgende Beschlüsse zu fassen:

- Die Stadt Bad König beschließt, das Angebot des Landes zur Kassenkreditentschuldung nach dem Ersten Teil des HESSENKASSE-Gesetzes anzunehmen.
- Die Stadt Bad König verpflichtet sich, den Ergebnis- und Finanzhaushalt in Planung und Rechnung ab dem Jahr 2019 nach § 92 Abs. 4 bis 6 HGO auszugleichen sowie die Vorgaben zu den Liquiditätskrediten nach § 105 HGO zu beachten. Ab dem Haushaltsjahr 2019 werden die Zahlungen der ordentlichen Tilgung und der Beitrag zum Sondervermögen HESSENKASSE grundsätzlich aus Mitteln der laufenden Verwaltungstätigkeit erwirtschaftet und somit eine Fremdfinanzierung vermieden.
- Die Stadt Bad König verpflichtet sich des Weiteren, nach Maßgabe des HESSENKASSE-Gesetzes einen jährlichen Beitrag von 25 Euro je Einwohner an das Sondervermögen HESSENKASSE zu leisten.
- Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, nach Maßgabe des Vorgenannten einen Antrag auf Teilnahme an dem Entschuldungsprogramm der HESSENKASSE an das Finanzministerium zu richten, die hierfür erforderlichen Verpflichtungserklärungen unverzüglich zu übersenden und die Bestandskraft eines entsprechenden Bewilligungsbescheides durch Erklärung des Rechtsbehelfsverzichts unmittelbar herbeizuführen.

- Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat des Weiteren, die zur Umsetzung der Kassenkreditentschuldung erforderliche Ablösungsvereinbarung mit der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) zu schließen, in der insbesondere die zur Ablösung vorgesehenen Kassenkredite aufgeführt sowie die Ablösungszeitpunkte und die Ablösungsmodalitäten geregelt und für den Fall, dass Zinsdienst- und Entschuldungshilfen beantragt und gewährt wurden, die Kassenkredite aufgeführt und die Zahlungen festgelegt sind.

Mit 6 Ja-Stimmen (CDU; SPD; ZBK) und 1 Enthaltung (ZBK) wird dem Beschlussvorschlag zugestimmt.

TOP 4 Beratung und Beschlussempfehlung über den Termin für die Bürgermeisterwahl und eines Stichwahltermines im Jahr 2018 Beratung

Hierzu gibt zunächst die Gemeindegewahlleiterin Christiane Kees einige Erläuterungen.

Es gibt eine geänderte Beschlussvorlage, die den Ausschussmitgliedern zu Beginn der Sitzung ausgehändigt wird.

Zunächst war angedacht, die Bürgermeisterwahl gemeinsam mit der Landtagswahl am 28.10.2018 und eine evtl. Stichwahl am 11.11.2018 durchzuführen. Der HSGB empfiehlt, von einer solchen Bündelung der Wahlen abzusehen, weil das Land Hessen zusammen mit der Landtagswahl verschiedene Volkabstimmungen über mindestens 15 einzelne Gesetzesentwürfe, die eine Änderung der Hessischen Verfassung beinhalten, durchführen möchte. Die Wahlordnung sieht vor, dass zunächst die Stimmen der Landtagswahl, dann die Volksabstimmungen mit den einzelnen Gesetzesänderungen und dann erst die Stimmzettel der Bürgermeisterwahl ausgezählt werden. Bis es zur Auszählung der Bürgermeisterstimmzettel kommt, ist es vermutlich schon sehr spät am Abend. Daher wird vorgeschlagen, den Termin für die Bürgermeisterwahl auf den 16. September 2018 und den Termin für eine evtl. erforderliche Stichwahl auf den 30. September 2018 festzulegen.

Nach kurzer Diskussion sind sich die Ausschussmitglieder darüber einig, dass an dem ursprünglichen Wahltermin zusammen mit der Landtagswahl festgehalten werden soll.

Vorsitzender Bernd Gottschalk lässt die Ausschussmitglieder über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, den Termin für die Wahl des Bürgermeisters auf den 28. Oktober 2018 und den Stichwahltag auf den 11. November 2018 festzulegen.

Mit 7 Ja-Stimmen (CDU; SPD; ZBK) wird diesem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt.

TOP 5 Beratung und Beschlussempfehlung über den Antrag der SPD-Fraktion vom 01.02.2018, hier: Hundewiese

Roger Nisch erläutert und begründet den Antrag der SPD-Fraktion.

Nach kurzer Diskussion lässt Vorsitzender Bernd Gottschalk die Ausschussmitglieder über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Der Magistrat soll prüfen, inwieweit es möglich ist, eine städtische Grünfläche in eine sogenannte Hundewiese umzuwandeln (Modellprojekt Kernstadt).

Mit 7 Ja-Stimmen (CDU; SPD; ZBK) wird diesem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt.

TOP 6 Beratung und Beschlussempfehlung über den Antrag der SPD-Fraktion vom 01.02.2018, hier: neue Quellenlage, Paul Zander

Roger Nisch erläutert und begründet den Antrag der SPD-Fraktion.

Nach kurzer Diskussion lässt Vorsitzender Bernd Gottschalk die Ausschussmitglieder über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

Der Magistrat wird beauftragt, sich mit Hannes Winter in Verbindung zu setzen, um sich hinsichtlich der Authentizität der neuen Quelle und somit der veränderten Quellenlage zu versichern.

Mit 7 Ja-Stimmen (CDU; SPD; ZBK) wird diesem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt.

TOP 7 Beratung und Beschlussempfehlung über den Antrag Bündnis 90/Die Grünen, hier: Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat

Hedwig Seiler erläutert und begründet den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen.

Nach kurzer Diskussion sind sich die Ausschussmitglieder darüber einig, den Beschlussvorschlag zu ergänzen.

Vorsitzender Bernd Gottschalk lässt die Ausschussmitglieder über folgenden geänderten Beschlussvorschlag abstimmen:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, dass das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat und seine Salze nicht mehr auf den öffentlichen Flächen von Bad König verwendet werden. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Liste zu erstellen, welche Unkrautvernichtungsmittel eingesetzt werden.

Mit 7 Ja-Stimmen (CDU; SPD; ZBK) wird diesem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt.

TOP 8 Anfragen

Martin Bereiter fragt nach dem Sachstand bezüglich der Sanierung der Straße nach Momart. Bürgermeister Veith antwortet, dass diesbezüglich letzte Woche ein Vorort-Termin mit dem beauftragten Ingenieurbüro Krimmelbein und den Magistratsmitgliedern stattgefunden hat. Die finanziellen Mittel reichen nicht aus, um die komplette Straße zu sanieren. Im oberen Bereich der Straße kann guten Gewissens auf eine Sanierung verzichtet werden. Das Ingenieurbüro Krimmelbein wird nun ein Konzept erstellen, in dem die einzelnen Sanierungsabschnitte mit den jeweiligen notwendigen Maßnahmen dargestellt werden.

Rainer Hofmann fragt, ob es zulässig sei, eine „Blitzer-Attrappe“ aufzustellen, wie sie in Ober-Kinzig in der Hummetröther Straße aufgestellt wurde.

Bürgermeister Veith antwortet, dass dieser Blitzer auf privaten Grund stehe und die Stadt somit keine Eingriffsmöglichkeit habe. Außerdem diene diese Maßnahme doch der Verkehrssicherheit.

Christiane Kees ergänzt, dass eine Rückfrage bei der Polizeidirektion Erbach ergab, dass das Aufstellen solcher Attrappen kein Eingriff in den Straßenverkehr darstellt und hierdurch auch keine Gefährdung der Verkehrssicherheit gesehen wird.

Steffen Urich fragt nach dem Sachstand bezüglich des Neubaus des Kindergartens Zell. Bürgermeister Veith antwortet, dass dieses Projekt evtl. in Zusammenarbeit mit der Energiegenossenschaft realisiert werden soll. Diesbezüglich gab es schon verschiedene Zusammenkünfte; auch wurden sich gemeinsam mit der Energiegenossenschaft verschiedene andere Kindergärten angeschaut, die ebenfalls mit der Energiegenossenschaft realisiert wurden.

Steffen Urich fragt nach dem Sachstand bezüglich der Auflösung des Wahlbezirks Gumpersberg.

Hedwig Seiler antwortet, dass sich der Ortsbeirat Ober-Kinzig gegen die Auflösung des Wahlbezirks ausgesprochen habe und Steffen Urich bei dieser Sitzung dabei war.


Steffen Urich möchte wissen, was es mit der in dem Stadtnachrichten angekündigten Tonnagen-Begrenzung für verschiedene Brückenbauwerke auf sich hat. Bürgermeister Veith antwortet, dass ein Ingenieurbüro verschiedene Brücken auf ihre Tragfähigkeit hin überprüft hat. Ohne diese Tonnagen-Begrenzung sieht das Ingenieurbüro die Standsicherheit und Verkehrssicherheit gefährdet. Diese Tonnagen-Begrenzung ist sicherlich nicht die endgültige Lösung des Problems. Es gibt Brücken, die von land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen und auch Rettungsfahrzeugen benutzt werden müssen-es gibt dort keine alternative Zufahrten. Die Bauabteilung ist aufgefordert, hier einen Aktionsplan zu erstellen.

Roger Nisch ergänzt, dass beispielsweise in der Gemeinde Oberzent Tonnagen-Begrenzungen an Brücken gibt mit dem Zusatzschild „ausgenommen Einsatzfahrzeuge“ und bittet um Überprüfung, ob dies evtl. hier auch möglich sei. Bürgermeister Veith sichert zu, diesen Vorschlag von dem Ingenieurbüro prüfen zu lassen.

Markus Wangler stellt fest, dass durch die nun angedachte Tonnagen-Begrenzung das DRK-Heim quasi abgeschnitten ist.

Bernd Gottschalk spricht die nach wie vor fehlende Markierung des Radweges in der Bahnhofstraße an. Bürgermeister Veith erklärt, dass hier bereits Arbeitsaufträge an die Bauverwaltung ergangen sind. Die Bauverwaltung steht im steten Kontakt mit der Baufirma.

Da keine weiteren Anfragen mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende Bernd Gottschalk um 21:30 Uhr die Sitzung.


.....
Gottschalk, Vorsitzender des
Haupt- u. Finanzausschusses


.....
Kees, Schriftführerin